

US-Studie: Medien berichten unausgewogen über Terror

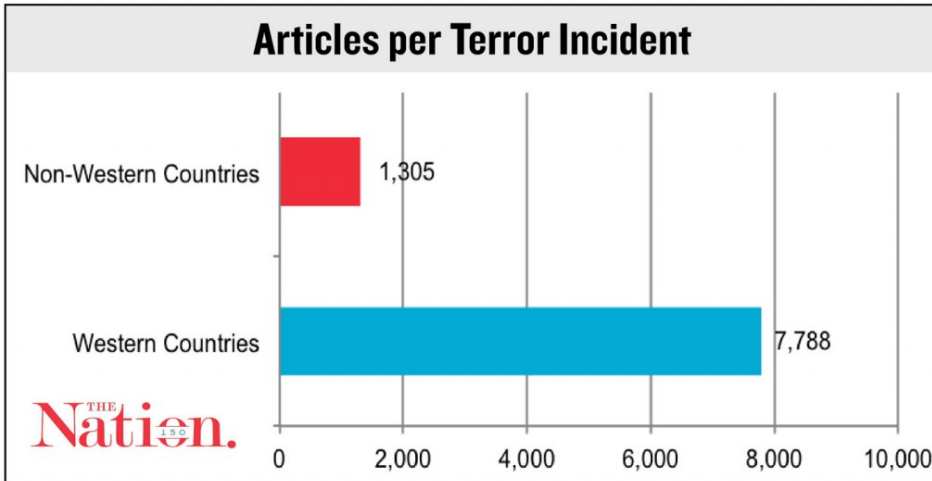
Durchschnittlich erscheinen deutlich mehr Artikel, wenn ein Terroranschlag im Westen passiert.

International gesehen berichteten Medien 2015 häufiger über Terroranschläge, die im „Westen“ (Nordamerika, Westeuropa, Australien und Ostasien) geschehen sind als über jene, die in einer anderen Region durchgeführt wurden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des US-Forschers Sean Darling-Hammond, die der Autor Mitte Jänner auf der Webseite The Nation präsentiert. Zudem kann er mit der Untersuchung bestätigen, dass westliche Medien die „eigenen“ Opfer stärker in den Fokus rücken als Opfer eines anderen Landes.

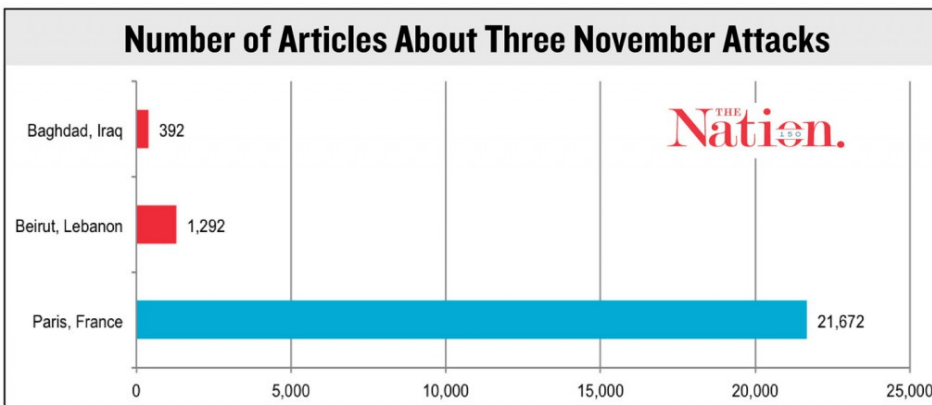
Hammond sammelte Daten rund um die 334 Terroranschläge, die im vergangenen Jahr gezählt wurden. Die meisten davon betrafen nicht-westliche Staaten. Von 26 Terroranschlägen, bei denen 50 oder mehr Menschen ums Leben kamen, war nur ein Anschlag im Westen dabei – die November-Attentate in Paris.

Durchschnittlich wurden westliche Länder 2015 von 2,6 Anschlägen getroffen, die durchschnittlich 31 Tote brachten. Das durchschnittliche nicht-westliche Land sah sich mit 10 Anschlägen und 223 Toten konfrontiert.

Wurde diesen Fakten in der Medien-Berichterstattung Rechnung getragen? Laut der Studie von Hammond ist die Antwort ganz klar nein. Über Anschläge in nicht-westlichen Staaten wird sechsmal weniger berichtet als über Anschläge im Westen. Durchschnittlich wurden pro Anschlag in nicht-westlichen Staaten 1.305 Artikel veröffentlicht, in westlichen Staaten 7,788:



Das Fallbeispiel des 13. November 2015 veranschaulicht die ungleiche Berichterstattung noch weiter. Bekanntlich fanden am Tag der Anschläge in Paris auch Terrorattacken in Bagdad (Irak) und Beirut (Libanon) statt. Während Hammond in seiner Studie 21.672 Artikel über Paris fand, waren es knapp unter 1.300 und unter 400 im Fall von Bagdad:



Auch die Art der Berichterstattung macht laut Hammond einen Unterschied: Seinen Untersuchungen nach fokussieren sich Artikel über Anschläge in nicht-westlichen Staaten stark auf die Täter und kaum auf die Opfer. Was bei Ereignissen wie etwa jenen in Paris nicht so ist.

Hammond erkennt einen „abgeklärten Stil“ in der Berichterstattung über Ereignisse in nicht-westlichen Staaten. Wenn Menschen aus dem Westen umkamen, fand er „mehr Herz“ in der Berichterstattung darüber als in den Berichten ohne Opfer

aus dem Westen.

Hammond sieht die Medien in der Verantwortung. Zu lang habe man Ausreden verwendet. Eine ausgewogenere Berichterstattung über Terror in nicht-westlichen Staaten sei notwendig.

Artikel auf der Website von The Nation (Englisch)

Über den Autor der Studie (Englisch)

Molenbeek? Hereinspaziert!



Molenbeek. Foto: Christine Moderbacher

Plädoyer für eine differenziertere und tiefgehende Berichterstattung anlässlich der Schlagzeilen über den Brüsseler Stadtteil Molenbeek. Kommentar von Christine Moderbacher*.

Ich musste in den vergangenen Wochen an Albrecht Dürer und sein „Rhinocerus“ aus dem Jahr 1515 denken, einer seiner bekanntesten Holzschnitte. Das Werk stellt ein aus Indien stammendes Panzernashorn dar. Dabei hatte Dürer selbst nie ein Nashorn gesehen, die Darstellung basiert auf Beschreibungen und Skizzen anderer. Das sieht man am Resultat.

So ähnlich war der Zugang vieler internationaler Medien, wenn es um Molenbeek ging. Also jenes Viertel in der belgischen Hauptstadt Brüssel, in der vermeintliche Drahtzieher der Attentate von Paris gewohnt haben sollen und in dem Fahndungen nach Terroristen durchgeführt wurden.

Vom „Rückzugsgebiet für Dschihadisten“, von der „Brutstätte des IS“ und dem „Schmelztiegel des Terrors“ ist hier die Rede. Molenbeek, „wo der Terror gedeiht“.

Die Berichterstattung kreiert ein Stigma, das noch lange an den BewohnerInnen des Viertels haften wird. Das wird die Zukunft der ohnehin schon in vielerlei Hinsicht marginalisierten Bevölkerung in Brüssel, und darüber hinaus, erschweren.

Für die Quote. Es handelt sich um mediale Panikmache. JournalistInnen leben ja mitunter von diesem Angstzustand. Ich muss zugeben, wir AnthropologInnen auch. Das Interesse an meinem Forschungsgebiet (ich forsche in Molenbeek) hat sich seit den Terroranschlägen in Paris im November um einiges vervielfacht. Nur: Innerhalb der Wissenschaft wird von „Last der Repräsentation“ gesprochen, wenn in der Öffentlichkeit nur auf einzelne Personen einer marginalisierten Gruppe fokussiert wird und diese dadurch fälschlicherweise einen repräsentativen Charakter für die gesamte Gruppe einnehmen. In vielen Medien werden aktuell solche Repräsentationen als absolute Wahrheit verkauft.

Mein Molenbeek. Ich habe ein Lieblingslokal in Molenbeek, das „Al Andalus“, wo ich jedes Mal herzlich begrüßt werde und Hedi, der Wirt, schon ahnt, was ich bestellen werde. Hier treffe ich auch immer wieder Yassin und Hakim, beide Anfang 20, beide aus Molenbeek. Stimmen wie die von Yassin, Hakim und Hedi kommen selten zu Wort. Ein Missverhältnis, das nur schwer zu durchbrechen ist, wenn, wie Wirt Hedi sagt, „die internationalen Medien nur einen kurzen Abstecher nach Molenbeek machen“. JournalistInnen müssten etwas genauer hinschauen, oder etwas länger bleiben.

Ein konkretes Beispiel eines Missverständnisses: Molenbeek ist nur auf den ersten Blick wie ein Pariser Banlieu. Eine Parallele, die in den vergangenen Wochen in Medien oft gezogen wurde. Molenbeek aber ist kein Armutsgürtel am Rande der Stadt, sondern spiegelt seine eigenen demographischen und stadtentwicklerischen Besonderheit wider.

Einst Dorf. Molenbeek ist mittendrin und doch isoliert. Molenbeek Saint Jean, oder Sint-Jans-Molenbeek, der flämische Name, war einst ein Dorf am Stadtrand von Brüssel. Dann kam die Industrialisierung: Straßennamen wie Rue du Manchester und Rue du Birmingham erinnern wie die mittlerweile schon lange wieder aufgelassenen Fabrikgebäude noch an diese Zeit.

Als Folge des rasanten Wirtschaftsaufschwungs und dem damit verbundenen sozialen Aufstieg zog es die belgische Mittelklasse in den 50iger und 60iger Jahren an den Stadtrand. Als „Gastarbeiter“ geholte Türken und Marokkaner siedelten sich in Molenbeek an, und bewahrten damit die Innenstadt vor dem Verfall. Kettenmigration und Familiennachzug prägten die weitere Entwicklung und führten zum hohen Anteil der jeweiligen MigrantInnen.

Leistbar. Von der Brüsseler Innenstadt ist Molenbeek räumlich nur getrennt durch einen Kanal. Der Bau des EU-Viertels allerdings verschärfte diese Trennung: Durch die steigenden Mietpreise, nicht zuletzt gefördert durch den Zuzug hochbezahlter BeamtInnen und DiplomatInnen, sind bis heute für MigrantInnen nur Wohnungen in Bezirken wie Molenbeek leistbar. Diese Segregation fördert das Gefühl unter den Menschen im Stadtteil, weder Raum noch Zukunft außerhalb der heruntergekommenen Straßen des eigenen Viertels zu haben. Was der Wissenschaft übrigens seit Jahren bekannt ist. Reagiert wurde auf Forschungsergebnisse seitens der Politik nie. Seit Paris ist das Problem der Perspektivlosigkeit, vor allem vieler junger Menschen in Molenbeek, unübersehbar geworden. Darüber zu berichten ist wichtig. Die Frage ist nur wie: Reicht es, von der Distanz aus zu recherchieren oder sollte

man sich nicht ein eigenes Bild machen?

* Die Anthropologin und Filmemacherin Christine Moderbacher ist Teil des Forschungsprojekts „KFI-Knowing from the Inside“ an der Universität von Aberdeen. Sie lebt und arbeitet seit sechs Jahren in Brüssel.

Brutalität a la mexicana

Wie das Verschwinden von 43 Studierenden in Mexiko zu Massenprotesten führte – und was das mit Drogenkartellen und dem „Islamischen Staat“ zu tun hat.



„43 – Wir vergessen euch nicht, wir geben euch nicht auf – alle auf die Straßen!“ – Aufruf zu einer Demonstration.
Foto:

Es reicht! Viele Menschen in Mexiko haben genug. Tausende gehen in Mexiko-City und in anderen Städten auf die Straßen und protestieren gegen Polizei, Soldaten und Staat. Laut dem Journalisten Philipp Lichterbeck, der die Situation hier beschreibt, ist „eine Protestbewegung [...] entstanden, wie sie Mexiko seit Jahren nicht gesehen hat“.

Um was geht's? Der Fall der „43“ oder auch der „Fall Ayotzinapa“, bringt womöglich das Fass im zentralamerikanischen Staat zum Überlaufen: Im September 2014 verschwanden 43 Studierende einer höheren Schule in Ayotzinapa in der Provinz Guerrero im Westen Mexikos. Von einem Studierende wurden mittlerweile Überreste gefunden, von den anderen fehlt jede Spur. Der bisherige Bürgermeister der Stadt Iguala José Luis Abarca und seine Frau, María de los Ángeles Pineda, rückten nach Wochen ohne Information ins Visier der Justiz. Sie wurden in Untersuchungshaft genommen – und angeklagt: Abarca gilt als Hauptverdächtiger. Seine Frau muss sich wegen mutmaßlicher Verbindungen zum organisierten Verbrechen, Drogenhandel, Geldwäsche und Entführung vor Gericht verantworten.

Die „43“ und Ayotzinapa sind zum Symbol geworden. Viele Menschen in Mexiko stehen nun auf gegen Korruption und gegen die Machenschaften der Drogenkartelle, die mit Akteuren Politik und Wirtschaft gemeinsame Sache machen.

Terror à la IS. In öffentlichen Debatten in Europa wird in der Brutalität des selbsternannten „Islamischen Staates“ (IS) eine Grenzüberschreitung gesehen. Doch die mexikanische Bevölkerung muss ähnlichen Terror schon seit Jahren erdulden. Im Drogenkrieg starben bisher über 100.000 Menschen. Enthauptungen, Massakrierungen, willkürliche Ermordung von ZivilistInnen – das alles ist in Mexiko schon lange traurige Realität. Immer wieder weisen Medien und ExpertInnen auf

Parallelen zwischen Drogenkartellen und dem IS hin.

Basis Bevölkerung. Im Falle des IS spielen die Sunniten eine entscheidende Rolle: Analysten sind sich einig, dass für eine nachhaltige Bekämpfung des IS im Irak mit Sunniten zusammengearbeitet werden muss. Von ihnen werden die Dschihadisten immer wieder auch unterstützt.

Vielleicht spielt auch die zivile Bevölkerung in Mexiko eine wichtigere Rolle als ihr bisher zugestanden wurde. Denn wer die Drogenkartelle bekämpfen will, muss die Korruption und die mafiösen Strukturen in Mexikos Eliten bekämpfen. **red**

Kontakte zum Thema:

Dr. Sylvia Karl, wissenschaftliche Mitarbeiterin, FG Kultur- und Sozialanthropologie, Philipps-Universität Marburg. sylvia.karl@uni-marburg.de. Telnr. Büro: 0049-6421-2822036.

Forschungsschwerpunkte:

Regional: Lateinamerika, insbes. Mexiko

Sachthemen: Politische Anthropologie, Konfliktanthropologie, Postkonfliktgesellschaften, Transitional Justice, Drogenkriege, Narco-Gewalt und Narco-Kultur

Philipp Wolfesberger. Dissertant an der Universität Wien im Fach Politikwissenschaft E-mail:ph.wolfesberger@gmx.at

Forschungsschwerpunkt: Gewalt im Bundesstaat Michoacan, Mexiko

Prof.in Dr.in Raina Zimmering, Abteilung für Politik und Entwicklungssoziologie

Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz
Altenberger Str. 69, 4040 Linz

Tel.: 0043 732 2468857

Raina Zimmering promovierte in Berlin zur Außenpolitik lateinamerikanischer Staaten und lehrt heute als Professorin am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich. Sie ist Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in

Mexiko (CCIODH)

Christine Esterbauer. Dissertantin an der Universität Wien im Fach Politikwissenschaft zum Thema Arbeitsrechte in Mexiko. Master in Politische und Soziale Studien an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko.

Esterbauer hat Kontakte zu mexikanischen AktivistInnen in Österreich und auch auf internationaler Ebene, ebenso kann sie Kontakt zu den Studierenden der Schule von Ayotzinapa herstellen.

christineest@gmx.at

Initiative in Österreich

Auch hierzulande hat sich eine Bewegung gebildet, die sich mit den Anliegen der Protesten in Mexiko solidarisiert. Hier geht's zum Blog des Kollektivs.

Hinweis: Die Gruppe erwartet den Besuch des Wissenschaftlers John M. Ackerman, einem Sprachrohr der Bewegung in Mexiko, Ende April. Details dazu über die Solidaritäts-Gruppe bzw. Christine Esterbauer.

Kampfgeist auf Kurdisch



Foto:
privat

Die Kurden um Kobane punkten nicht nur militärisch gegen den IS, sondern machen auch in anderen Belangen Hoffnung. Leo

Gabriel *teilt frische Eindrücke aus der Region.*

Chance für Medien. Angesichts der weltweiten Bedrohung durch die selbsternannten und fälschlicherweise als „Islamischen Staat“ bezeichnete Terrororganisation sind Journalistenreisen durch die Kampfgebiete Syriens heute eine Seltenheit geworden. Zu groß ist die Angst der Berichterstatter vor den orangefarbenen Hemden geworden, die so manchem Kollegen von der internationalen Presse zum tödlichen Verhängnis geworden sind.

Dabei wird allerdings vergessen, dass auch der seit dreieinhalb Jahren tobende Krieg in Syrien durchaus Strukturen aufweist; dass es hier ebenso wie in anderen Kriegsgebieten Fronten gibt und dass es neben dem Menschen-verachtenden Bösen auch konstruktive politisch-militärische Kräfte gibt.

Hoffnung Rojava. Ich beziehe mich dabei auf das von der kurdischen PYD (Partiya Yekitîya Demokrat, dt. „Partei der Demokratischen Union“) dominierte Rojava, jenen relativ dicht besiedelten Landstreifen, der sich entlang der Grenze zur Türkei von der irakischen Grenze bis in die Gegend von Aleppo zieht. Nur wenige wissen, warum dieser im äußersten Nordosten gelegene Landesteil Syriens zu einer Hoffungsregion für alle jene geworden ist, die ausgezogen waren, um sich die lange ersehnte Freiheit von diktatorischen Regime Bashar al Assads zu erkämpfen.



Rojava als „Westkurdistan“, wie es auf einer Website der PYD im Oktober 2013 umrissen wurde. Karte: Creative Commons/Panonian

Die politischen Wurzeln der PYD gehen auf die einst viel geschmähte und oft als „terroristisch“ verteufelte PKK Abdullah Öcalans zurück. Kaum bekannt ist, dass heute im syrischen Teil Kurdistans seit etwa 1 1/2 Jahren ein politischer Prozess in Gang gekommen ist, der ausgehend von den Kommunen in den Stadtteilen und Dörfern das von Assad eingeführte hierarchisch kontrollierte System der Bath-Partei unterwandert hat.



Foto: Leo Gabriel

Kobane. Die Stunde der Freiheit der kurdischen Autonomiebewegung ist paradoxerweise gerade zu jenem Zeitpunkt gekommen, als sie sich in ihrer größten Bedrängnis seit Jahrzehnten befunden hat; nämlich als die Einheiten des IS glaubten, die Stadt Kobane im Zentrum von Rojava einnehmen zu können. Dass jedoch die Kurden nach wochenlangen Kämpfen, mit Unterstützung der irakisch-kurdischen Peshmergas der IS eine vernichtete Niederlage bereiteten, kam nicht von ungefähr. Mit ihrem Konzept der „integralen Verteidigung“ gelang es ihnen aufgrund ihres hohen Organisationsgrades dem IS sozusagen den Boden unter den Füßen zu entziehen, indem sie die gesamte Zivilbevölkerung inklusive der Kinder und Alten evakuierten und Kobane in einen Kessel verwandelten, aus dem es kein Entrinnen gab.

Politische Erfolge. Mehr noch als diese militärischen Erfolge lassen sich die politischen sehen. In Windeseile gründete die PYD in Allianz mit etwa zwei Dutzend anderer Gruppierungen, zu denen auch die an sich regimetreuen christlichen Assyrer und

Alawiten und Jesiden zählen, ein Parlament, in dem die Frauenquote 40 Prozent beträgt und in dem 20 Prozent der Abgeordneten parteiunabhängig sind. Dieses Parlament hat es innerhalb eines Jahres geschafft eine interkulturelle Erziehungsreform und eine komplette Neustrukturierung des gesellschaftlichen Systems umzusetzen, das jetzt, am 13. März mit den ersten allgemeinen Kommunalwahlen ihren Höhepunkt erreicht.

Dabei ist die Regierung von Rojava überaus bemüht und interessiert, die von ihr kontrollierten Gebiete internationalen Berichterstatern zu öffnen.

Kontakte nach Rojava können in Österreich jederzeit gerne von Leo Gabriel zur Verfügung gestellt werden. lgabriel@gmx.net

Veranstaltung: Berichterstattung aus Konflikt- und Kriegsregionen

Wann: 09.10.2014

Uhrzeit: 18:30 Uhr

Wo: FHWien der WKW, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien, Raum B003

Ob James Foley durch die Terrormiliz IS, die junge französische Fotojournalistin Camille Lepage durch Rebellen in Zentralafrika oder die erfahrene Deutsche Anja Niedrighaus in

Afghanistan – die Ermordung von JournalistInnen in Krisenregionen hat 2014 traurige Aktualität.

Doch Berichterstattung aus Krisengebieten ist essentiell, um die Öffentlichkeit über den Status Quo zu informieren. Gibt es dabei Grenzen, die JournalistInnen beachten sollten? Wie können sie sich schützen? Und sollte abseits der Krisen, Konflikte und Katastrophen nicht auch stärker über die Perspektiven der jeweiligen Region berichtet werden?

Der afghanische Journalist Ali Safi berichtete für westliche Medien aus verschiedenen Gebieten Afghanistans. Vor Ort recherchierte er zum Thema Taliban genauso wie zu US-Gefängnissen. Im Gespräch mit Corinna Milborn wird Ali Safi über Vor- und Nachteile des Einsatzes von einheimischen JournalistInnen gegenüber internationalen KorrespondentInnen sprechen und darüber diskutieren, wie konstruktive Berichterstattung über eine Konfliktregion aussehen könnte. Zudem soll der Frage nachgegangen werden, wie Pressefreiheit in Zeiten von Al-Kaida, IS und Al-Shabaab global gewahrt werden kann.

Ali Ahmad Safi war als Journalist u.a. für das Time Magazine, die BBC, The Guardian und das ZDF aktiv. 2010 wurde er mit dem Amnesty International Award for Investigative Journalism ausgezeichnet. Der mittlerweile in Wien lebende Afghane arbeitet als Researcher beim VIDC und als Friedensaktivist.

Corinna Milborn (Moderation) beschäftigt sich als Journalistin immer wieder mit Menschenrechtsaspekten und globalen Themen. Aktuell ist sie Infochefin von ProSiebenSat1Puls4.

Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt. Um

The poster is titled "MEDIEN & ENTWICKLUNG" in red at the top. Below it, the main title "REPORTER IN KRIEGS- UND KONFLIKTREGIONEN" is in blue, with the subtitle "(IN ENGLISCHER SPRACHE)" in smaller black text. On the right side, there are two grey circular icons with the text "#MEtalks" and "#JOUR". The event date and time are "9.10.2014 | 18:30 Uhr | Raum B003", and the location is "FH Wien der WKW, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien". Two portraits are shown: Ali Ahmad Safi, an Afghan journalist, on the left, and Corinna Milborn, a moderator, on the right. Below the portraits, it says "Eine Veranstaltung aus der Gesprächsreihe Medien und Entwicklung" and "Um Anmeldung wird gebeten: bit.ly/1ta8NvZl". At the bottom, there are logos for "INSTITUT FÜR JOURNALISMUS & MEDIENMANAGEMENT" and "In Kooperation mit der Informationsstelle für Journalismus & Entwicklungspolitik".


Anmeldung wird gebeten:

<http://www.fh-wien.ac.at/nc/events/anmeldung/-reporter-im-fadenkreuz-berichterstattung-aus-konflikt-und-kriegsregionen-2065/>

Eine Veranstaltung der Reihe „Medien & Entwicklung“ des Instituts für Journalismus & Medienmanagement der FHWien der WKW in Kooperation mit der ISJE-Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik.

gefördert durch die

Österreichische

 Entwicklungszusammenarbeit